Hartz IV-Regime, Bürgergeld und laufende Kaufkraftverluste

Wir vom Sozialforum sagen: Das Bürgergeld ist ein Etikettenschwindel.
Warum? Dazu müssen wir kurz in Erinnerung rufen, was Hartz IV bislang bedeutete.

I. Hartz IV: Armut und Einschüchterung per Gesetz

Die Jobcenter haben einen außerordentlich schlechten Ruf.
Niemand, der nicht unbedingt musste, nahm deren „Dienste“ in Anspruch.

Denn:

- Richtige Jobs hatten sie selten zu bieten.
- Die Jobcenter waren jedoch mit viel Macht – plus reichlich Folterinstrumenten - ausgestattet.

Ihre Macht beruhte auf **3 zentralen Säulen**, die zusammen das Hartz IV-Regime ausmachten:

1. der Definitionsmacht darüber, was Dir an Beschäftigungen alles zumutbar ist
2. den (gesetzlichen) Sanktionsmöglichkeiten
3. unserer Abhängigkeit von ihrer finanziellen Unterstützung, zur Überbrückung der Zeit der Arbeitslosigkeit. Dabei galt: Die vom JC gewährten Leistungen waren immer zu knapp, reichten vorne und hinten nicht, um gut über den Monat zu kommen. Das war so gewollt!

Doch: Wer nicht reich eingeheiratet hat oder unverhofft eine Fabrik geerbt hat, der brauchte das Geld. Das war das Raffinierte an dem System: Unsere Abhängigkeit begründete ihre Macht.[1]

Ich komme auf diese 3 Säulen gleich wieder zurück. Zunächst noch ein paar Worte zu den Wirkungen.

Aufgrund des Zusammenspiels der 3 Faktoren hatte Hartz IV eine stark disziplinierende Funktion – für die unmittelbar betroffenen Arbeitslosen, aber auch weit darüber hinaus.
Wer noch irgendwo in Lohn und Arbeit war, der hatte stets die Drohung im Hinterkopf:
Wenn ich den Job verliere, kann's leicht passieren, dass ich in Hartz IV abstürze (und in ihre Fänge gerate).
Die Versicherungsansprüche sind schließlich schnell aufgebraucht...
Selber kündigen, weil einem Lohn oder Arbeitsbedingungen nicht mehr passen? Besser nicht!

Über diesen Mechanismus hat das SGB II seit seiner Verabschiedung im Jahr 2004 maßgeblich zur Ausbreitung eines Niedriglohn-Sektors in Deutschland beigetragen (Stichwort Exportweltmeister).
Und tut es immer noch.

Kurz: Hartz IV bedeutete bisher Armut und Disziplinierung.

Die SPD war darüber in der Wählergunst abgestürzt, insbesondere bei der lohnabhängigen Bevölkerung (Nicht zuletzt war die Verabschiedung dieses und anderer Gesetze im Rahmen der sog. Agenda 2010 wichtiger Geburtshelfer bei der Gründung der Linkspartei).

Jetzt, 17 Jahre danach (!), gibt sie vor, sich von Hartz IV trennen zu wollen (lang gehegter Traum, dass alles wieder so schön wird wie früher).

Mit großem Tamtam wurde die Bürgergeld-Novelle zum SGB II im Sommer 2022 auf den Weg gebracht. Doch was bringt die Novelle im Vergleich zur bisherigen Situation wirklich?

1 Das gilt vermutlich für sämtliche unsere Sozialleistungssysteme, wird hier aber besonders deutlich.

II. Die Bürgergeld-Novelle: ein großer Bluff

Vorab: Das Wort Bürgergeld hört sich so an, als habe jeder Bürger, jede Bürgerin ein Anrecht darauf. Doch weit gefehlt. So war das denn doch nicht gemeint. Es handelt sich weiterhin um eine bedürtigkeitsgeprüfte Sozialleistung, gekoppelt an die Fähigkeit und Bereitschaft, am Arbeitsleben teilzunehmen.

Von der Regierung großspurig angekündigt als „größte Sozialreform seit langer Zeit", im November verabschiedet – tatsächlich herausgekommen ist ein Zwerg!

Was ist aus den zentralen Säulen des bisherigen Hartz IV-Regimes geworden?

(a) den Zumutbarkeitsregeln
(b) den Sanktionsmöglichkeiten
(c) und der - politisch gewollten - ständigen finanziellen Knappheit

Punkt 1 Was dem Arbeitssuchenden künftig zumutbar sein soll:

Der entsprechende Paragraph im SGB II (§ 10) bleibt nach der Novelle unverändert. D.h. der Begriff schließt weiterhin so ziemlich alle Formen der vergüteten Beschäftigung ein,
- egal, ob man davon sich und seine Familie ernähren kann,
- egal auch, ob tarifgebunden oder nicht, ob Vollzeit oder Teilzeit, ob sozialversicherungspflichtig oder nicht, Festanstellung oder Leiharbeit
- und ungeachtet der beruflichen Ausbildung, der Neigungen und der Kenntnisse/Erfahrungen, die mensch in der Vergangenheit gesammelt hat.

Begrüßenswert allein der Wegfall des absoluten Vermittlungsvorrangs (§§ 3, 14). Ein Mehr an Weiterbildungen, am besten abschlussbezogene, wäre sicherlich gut. Doch Empathie kann man nicht verordnen. Und solange der § 10 nicht fällt, plus die unsäglichen Kennzahlen, mit denen die Arbeit der Jobcenter gesteuert wird, ist zu befürchten, dass die Jobcenter auch künftig hauptsächlich Nachschub für den Niedriglohnsektor organisieren werden.

Punkt 2 Sanktionsmöglichkeiten der Behörde:

Die Regelungen bleiben im wesentlichen erhalten. Es kann – und wird vermutlich - also weiter sanktioniert werden, wenn vorgeblich zumutbare Beschäftigungen nicht angenommen werden. Oder ein Termin im Jobcenter verpasst wird.
Die einzigen Änderungen: Das besondere Sanktionsregime für Jugendliche unter 25 J. wird gestrichen. Ferner wird die Summe aller möglichen Kürzungen auf 30 % des jeweiligen Regelbedarfs begrenzt. Kosten der Unterkunft dürfen nicht mehr gekürzt werden (mit diesen Änderungen vollzieht der Gesetzgeber nur das Urteil des BverfG nach, das bereits seit längerem rechtswirksam ist).
Die auf 6 Monate bemessene (sanktionsfreie) sog. Vertrauenszeit wurde letztlich doch noch aus der Novelle gestrichen.

Punkt 3 Geldleistungen für den Lebensunterhalt (zur Überbrückung der Notlage):

Trotz der Anhebung um 53 €, auf 502 €, von Bedarfsdeckung keine Spur.
Der Paritätische sagt: 725 € wären im kommenden Jahr (2023) angemessen, um halbwegs passabel leben und sich halbwegs gesund ernähren zu können.
Ein Unterschied von immerhin 220 Euro im Monat, der darüber entscheidet, ob man sich auch mal einen Kinobesuch leisten und Freunde in der übernächsten Stadt besuchen kann. Oder ob man dazu verdonnert ist, ständig maßzuhalten und jeden Pfennig zweimal umzudrehen.

Zu berücksichtigen ferner:
Im zurückliegenden Jahr hatten LeistungsbezieherInnen einen beträchtlichen Kaufkraftschwund zu verkraften.

Die Einmalzahlung im Sommer (200 €) hat die Verluste auch nicht annähernd auffangen können.
Die - nominell - 53 € zusätzlich ab dem 1.1.2023 werden bestenfalls ausreichen, um die Inflation von 2022 auszugleichen, nicht jedoch die zu erwartenden weiteren Teuerungen. Das heißt: Die Kaufkraft der Leistungen wird auf dem Niveau von 2021 festgeschrieben (dabei war bereits der Ausgangswert von 2021 alles andere als bedarfsdeckend).[2]

Das dramatische Anziehen der Inflation und die damit einhergehende Kaufkraftverluste waren während des Gesetzgebungsverfahrens bekannt. Von daher muss man unterstellen, dass die Geldleistungen vom Gesetzgeber weiterhin bewusst knapp gehalten werden. Um die Leute gefügig zu machen. Es soll sich für den „Kunden"/die „Kundin" schließlich lohnen, auch noch den miesesten Job anzunehmen. Wer zu viel bekommt, wird nur allzu leicht aufmüpfig.

Unter dem Strich: Neu ist eigentlich nur der Name. Trotz kleiner Verbesserungen ist das neue Gesetz ein Schwindel! Es handelt sich um eine stinknormale SGB II-Novelle, um das Gesetz an jüngere Entwicklungen anzupassen, nicht um einen Neuanfang in der Sozialpolitik oder gar Paradigmenwechsel.
Herausgekommen ist bestenfalls ein „Hartz IV light".

Man darf vermuten: Die SPD wird's nicht retten...
Wir hatten während des Gesetzgebungsverfahrens ohnehin den Eindruck, dass Minister Heil und seine SPD am Ende Angst vor der eigenen Courage bekommen haben. Jedenfalls war es für Beobachter erstaunlich, mit welcher Leichtigkeit die Opposition einige wesentliche Reformelemente aus dem Gesetz herausverhandeln konnte.

Es bleibt dabei: Wir brauchen eine armutsfeste und repressionsfreie Grundsicherung. Und das heißt: Hartz IV muss ohne Wenn und Aber abgeschafft werden! Auch wenn es sich jetzt Bürgergeld nennt...

III. Teuerungswelle, Entlastungsmaßnahmen der Regierung sowie der Krieg

Zur besseren Einordnung noch ein paar Worte zu den Preissteigerungen.
Die Preise für viele lebensnotwendige Dinge gehen seit letztem Frühjahr durch die Decke.
Selbst bei Nudeln und Katzenfutter – Wachsen in der Ukraine denn auch Nudeln?[3]
Inflation zuletzt 10 % (November) und 8,6 % (Dezember), im Jahresdurchschnitt 2022 7,9 Prozent.
Hieraus ergibt sich nach Berechnungen des WSI für das zurückliegende Jahr ein durchschnittlicher Rückgang der tarifvertraglich vereinbarten Reallöhne um 4,7 Prozent! (nach jw v. 14.12.)
Für 2023 erwartete Inflation: noch mal 6 Prozent oben drauf (nach Jahreswirtschaftsbericht 23)

Insbesondere für diejenigen, die schon vor der Krise finanziell kaum über die Runden gekommen sind - prekär Beschäftigte, AufstockerInnen, Bezieher schmaler Renten sowie Bezieher von Mindestsicherungsleistungen - ist die Aussicht auf die kommenden Monate ziemlich düster.

Wer über Armut spricht, darf über Reichtum nicht schweigen: Vorgestern (am 16.1.) wurde bekannt, dass 81 % des Vermögenszuwachses in Deutschland in den Jahren 2020/21 bei nur 1 % der Bevölkerung landeten – während sich die übrigen 99 Prozent die restlichen 19 % des Zuwachses teilen durften.[4]

---

2 Wer's ganz genau wissen will, der studiere das Flugblatt „Riesige Versprechungen – mangelnde Taten", hrsg. vom Rhein-Main-Bündnis gegen Sozialabbau und Billiglöhne, im Netz unter https://klartext-info.de/?p=1152

3 zu den Merkwürdigkeiten bei der Entwicklung der Nudelpreise s. „Problematische offizielle Zahlen", Artikel des RND v. 7.12.22, im Netz unter https://www.rnd.de/politik/supermarkt-nudeln-wie-haben-sich-die-pasta-preise-wirklich-entwickelt-GBMFDUKCT5ACJJLHLXEQBLFFVM.html

4 Tagesschau-Nachrichten (ARD) v. 16.1.2023; Quelle: Ungleichheitsbericht 2023, herausgegeben von OXFAM

Wenn die Teuerungswelle insbesondere bei Energie und Lebensmitteln anhält, und damit ist leider zu rechnen, werden alle, die ganz oder wenigstens teilweise von Hartz IV/Bürgergeld leben (müssen), massiv in Bedrängnis geraten. Das hieße (und heißt bereits): Hochkonjunktur für die Tafeln. Armut wird weiter zunehmen und vermutlich auch neue Formen der „Überlebenssicherung“ hervorbringen.

Die Bundesregierung bemüht sich zwar redlich, die Folgen der dramatischen Preisentwicklung für die hiesige Bevölkerung etwas abzuschwächen – wir sollen schließlich geduldig bleiben, und nicht demonstrieren. Tatsächlich sind die Proteste gegen die hohen Energiepreise bislang überschaubar geblieben. Aber langsam geht der Regierung auch dafür das nötige „Schweigegeld“ aus.
(Abgesehen davon, dass so manches davon in die Taschen der Reichen geflossen ist und weiter fließt, und abgesehen ferner davon, dass all die Entlastungsmaßnahmen auf Pump finanziert werden und ergo irgendwann den hiesigen Lohnabhängigen wieder in Rechnung gestellt werden)

Den Entlastungspaketen haftet ohnehin viel Ungerechtigkeit an. Zwar hat die Bundesregierung letztendlich auf die Einführung einer Gasumlage verzichtet, aber viele der Entlastungen bzw. Bremsen „entlasten“ Besserverdienende mehr als Geringverdiener (u.a. Benzinpreisbremse, Strompreisbremse,...). Das Wort Entlastung ist hier eigentlich irreführend, denn in Wirklichkeit bedeuten diese „Entlastungen“ für Besserverdienende durch nichts zu rechtfertigende Einsparungen - oder, um es knapper zu formulieren: eine verkappte Umverteilung von unten nach oben.
Bei einer Untersuchung der Wirksamkeit der Entlastungspakete ist das IMK-Institut, eine Einrichtung der Hans-Böckler-Stiftung, vor ein paar Tagen zu dem Urteil gekommen, dass – ich zitiere - „allenfalls ein untergeordneter Teil der Entlastungen verteilungspolitisch zielgerichtet ist“.[5]

Meine persönliche Prognose: Je länger der Wirtschaftskrieg gegen Russland noch anhält, desto schlimmer dürften die wirtschaftlichen und sozialen Verwerfungen hierzulande ausfallen. Wenn sich die Bundesregierung nicht in die Eskalationsspirale von Sanktionen gegen Russland hätte treiben lassen, wäre es nie zu einer Energiekrise diesen Ausmaßes und zu den wahnwitzigen Preissteigerungen gekommen, wie wir sie aktuell erleben müssen.[6]

Denn es war doch so: Die gewaltigsten Preissprünge beim Gas nach oben, auf zeitweise 350 € pro Megawattstunde, passierten nachweislich nicht etwa in den ersten Wochen und Monaten nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine. Sondern erst später, in den Monaten Juni bis September, also in der Zeit, in der die Bundesnetzagentur alles aufkaufte, was an freien Gaskontingenten auf dem Weltmarkt zu kriegen war – nachdem die Ampelregierung zuvor beschlossen hatte, im Rahmen der sog. Sanktionsmaßnahmen die Gasimporte aus Russland so schnell wie möglich herunterzufahren und die neue Pipeline durch die Ostsee erst gar nicht in Betrieb zu nehmen.[7]

> *„Dass die Europäer das Gas praktisch zu jedem Preis aufkauften, hat heikle Folgen für andere Regionen der Welt. Vor allem Schwellenländer wurden durch Europas Heisshunger auf Gas quasi aus dem Markt gedrängt. Sie waren wegen der hohen Preise teilweise nicht mehr in der Lage, ihren Bedarf zu decken.“ (NZZ, s. Fußn. 7)*

Die Preisexplosion war eine ganz normale Reaktion des Marktes, die eigentlich nicht weiter überraschen sollte.[8] Nur dass die Verbraucher und Verbraucherinnen heute die Folgen dieser wilden Einkaufspolitik in Form von hohen Gas- und Strompreisen auszubaden haben...

---

5 „Zeitenwende erfordert aktive Wirtschaftspolitik mit Augenmaß“, IMK-Report Nr. 179, Jan. 2023, S. 14
6 Über Klimakrise und Erderwärmung redet die rot-grün-gelbe Regierung in Berlin ohnehin nicht mehr – es gibt schließlich Wichtigeres!
7 zur Gaspreisentwicklung s. NZZ-Dossier „Rohstoffe als Waffen“, https://www.nzz.ch/wirtschaft/rohstoffe-als-waffen-die-neusten-entwicklungen-ld.1681268
8 Hinzu kam die Wett-Spekulation, die natürlich in Zeiten der Knappheit besonders aufblüht. Auch das ist völlig normal (jedenfalls solange lebenswichtige Güter auch Gegenstand von Wetten und dergleichen sein dürfen).

Die entscheidenden Figuren in Berlin und Brüssel hatten solche Komplikationen offenbar nicht auf dem Schirm und versuchen seither, alle Welt glauben zu machen, dass die Energiepreise nur „wegen Putin“ so in die Höhe geschossen seien.*

Die Bevölkerung ist aufgerufen, für den Sieg in der Ukraine Opfer zu bringen - vom Runterdrehen der Heizung bis zum allgemeinen Wohlstandsverlust. „Die Kosten müssen aufgebracht werden“, erklärte dazu Habeck vieldeutig.[9] - Da sind wir anderer Meinung.

Die Kappung der Gas-, Öl-, Benzin- und Dieselimporte aus Russland, die von der Bundesregierung propagierte vollständige Unabhängigkeit von russischen Energielieferungen sind ein Wahnsinn.[10] Ob es uns gefällt oder nicht: Wir müssen versuchen, die Energiebezüge aus Russland wieder aufzunehmen. Andernfalls wird der extrem aufgeheizte Energiemarkt so bald nicht wieder zur Ruhe kommen. Und zu stabilen und einigermaßen erschwinglichen Tarifen zurückfinden.

Dazu, und nicht nur dafür, bräuchte es Verhandlungen, Gespräche.
Ernsthafte Gespräche um eine Beendigung des Kriegs in der Ukraine
und um eine Nachkriegsordnung, die den Sicherheitsinteressen und Bedürfnissen **aller** Seiten im östlichen Europa gerecht würde.
Doch noch sehen wir niemanden, der/die das ernsthaft versucht. Erbärmlich!

Heiko Holtgrave, Sozialforum Dortmund

(es handelt sich hier ursprünglich um einen Redebeitrag für die Demo „Genug ist genug“ am 17.12.22 in Dortmund, ergänzt und aktualisiert Stand 1.2.2023)

---

* Nachtrag Feb. 2024:
Äußerst spannend in diesem Zusammenhang sind auch die Recherchen des Schweizers Jaques Baud, der den Gründen der Energiekrise im Jahr 2021 nachgegangen ist. Er kommt zu dem Schluss, dass Versuche, den Zufluss russischen Gases zu manipulieren – und damit auch den Preis in die Höhe zu treiben – ausschließlich vom Westen unternommen wurden, namentlich von der deutschen Bundesregierung und – in noch viel stärkerem Maße – den USA.
S. Jaques Baud, Putin – Herr des Geschehens? Westend-Verlag 2023, dort Kapitel „Die Energiekrise 2021“

9 s. Video „Habeck: Deutschland wird buchstäblich ärmer“ v. 27.4.2022
unter: https://www.stern.de/panorama/video-habeck--deutschland-wird-buchstaeblich-aermer-31810480.html

10 Die Frage sei erlaubt: Ist denn die Tatsache, dass wir weiterhin wie selbstverständlich Erdöl aus Saudi-Arabien und Gas aus dem Emiraten beziehen, so zu verstehen, dass auch wir deren Bombenkrieg gegen den Jemen gutheißen?